

DENTAL TRIBUNE

The World's Dental Newspaper · German Edition



No. 11/2013 · 10. Jahrgang · Leipzig, 6. November 2013 · PVSt. 64494 · Einzelpreis: 3,00 €



Periimplantäre Erkrankungen

Entzündliche Prozesse der Gewebe in Kontakt zum Implantat bedeuten für die Behandler eine große Herausforderung. Lassen sich periimplantäre Erkrankungen verhindern oder reduzieren? ▶ Seite 4f



Schlüssige implantologische Konzepte

DENTSPLY Implants, das neue Powerhouse der Implantologie, veranstaltete erstmals einen eigenen Deutschland-Kongress. Dental Tribune nutzte die Gelegenheit zum Interview. ▶ Seite 8f



BioHorizons lädt nach Dubai

Fortbildung mit besonderem Flair: Lernerfahrungen gepaart mit Freizeit unter Kollegen an einem besonderen Ort – das verspricht BioHorizons den Teilnehmern des Mai-Symposiums 2014. ▶ Seite 10

ANZEIGE

Wurzelkanalstifte.

FANTESTIC® POSTS

R-dental Dentalerzeugnisse GmbH
Informationen unter Tel. 0 40 - 22757617
Fax 0 800 - 733 68 25 gebührenfrei
E-mail: info@r-dental.com
www.r-dental.com

Prof. Dr. Heiner Weber – neuer DGZI-Präsident

Urgestein der Deutschen Implantologie übernimmt das höchste Amt.

BERLIN – Im Vorfeld ihres 43. Internationalen Jahreskongresses in Berlin wählte die Deutsche Gesellschaft für Zahnärztliche Implantologie (DGZI) am 3. Oktober 2013 einen neuen Präsidenten. Prof. Dr. Heiner Weber, Ärztlicher Direktor der Tübinger Poliklinik für Zahnärztliche Prothetik, wurde einstimmig in das höchste Amt der traditionsreichen Fachgesellschaft gewählt. Gleichzeitig dankte die Mitgliederversammlung dem scheidenden Präsidenten, Prof. Dr. Dr. Frank Palm, Konstanz, für die geleistete Arbeit.



Neuer DGZI-Präsident Prof. Dr. Heiner Weber.

Zur sog. „President's Minute“ am Ende der Pressekonferenz formulierte der neue DGZI-Präsident seine

ANZEIGE

TÜV SAARLAND SEHR GUT
Kundenurteil · freiwillige Prüfung
05/2013 Nr. 2026
tuev-saar.de

Service tested

SO GEHT SERVICE HEUTE

[Hochwertiger Zahnersatz zu günstigen Preisen] **dentaltrade®**
...faire Leistung, faire Preise

freecall: (0800) 247 147-1 · www.dentaltrade.de

Vorstellung und Gedanken für seine neue Aufgaben: Er hoffe, dass er zur weiteren Internationalisierung der DGZI beitragen und vor allem China und Russland verstärkt in den Fokus der Aufmerksamkeit der DGZI rücken kann. Außerdem möchte er die Stu-

dierenden und zahnärztliche Helferinnen intensiver in die DGZI-Fortbildungsprogramme einbinden.

„Aus der Praxis für die Praxis“ lautet das Hauptziel der ältesten wissenschaftlichen Fachgesellschaft für

Fortsetzung auf S. 2 unten →

Stabwechsel in der KZBV

Fedderwitz tritt zurück.

BONN/KREMS – Der bei den letzten Wahlen zur Vorstandsspitze der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) zwischen dem damals gewählten Dr. Jürgen Fedderwitz und Dr. Peter Esser verabredete Wechsel im Führungsamt soll nun auf der Vertreterversammlung anlässlich des Deutschen Zahnärztetages vollzogen werden. Wie bei seinem knappen Sieg als Vorstandschef der KZBV gegen seinen damaligen Vize, der als Gegenkandidat aufgetreten war, versprochen, will Fedderwitz nun ins zweite Glied zurücktreten, um für Esser als Vorsitzenden Platz zu machen. Die KZBV-Vertreterversammlung, in der die hauptamtlichen KZV-Chefs die Mehrheit und das Sagen haben, muss noch zustimmen, was erwartet wird. Als Dritter im Bunde will der bisherige KZBV-Vorstand Dr. Günther E. Buchholz weiter im Amt bleiben. Zur künftigen Regelung der vom Gesundheitsministerium unter FDP-Führung monierten „überzogenen Gehalts- und Übergangsregelungen“ für die KZBV-Bosse soll ein Ausschuss, der geheim tagt, eingesetzt werden.

EU will Kammer-Zwangsmitgliedschaft aushebeln

Existenz der Zahnärzte könnte damit gefährdet werden. Von Jürgen Pischel.

BONN/KREMS – Einen Frontalangriff auf die sogenannten „regulierten Berufe“, darunter Ärzte und Zahnärzte, hat die EU-Kommission mit einer Initiative der Generaldirektion Markt gestartet, in der auch Themen der Zwangszugehörigkeit zu Berufskammern (Zahnärztekammer) und deren Mitwirkung z.B. in der Berufsausbildung über duale Wege z.B. in der Facharzt-Weiterbildung oder der Helferinnen-Ausbildung angesprochen werden.

Die Mitgliedsstaaten werden aufgefordert, eine „Bewertung der nationalen Reglementierungen des Berufszugangs“ vorzulegen. Darin sollen sie ihre Vorschriften über Berufsqualifikationen, die den Zugang zu Berufen oder Berufsbezeichnungen regeln, überprüfen und durch eine Liberalisierung modernisieren. Die Europäische Kommission möchte so die Finanzkrise angehen und das Wirtschaftswachstum durch den

Abbau von Berufsrecht bei freien Berufen, so auch Zahnärzten, anregen.

Die Bundeszahnärztekammer kritisierte den Vorstoß der Kommission als Frontalangriff auf die Freiberuflichkeit und die Qualität der deutschen Ausbildungsberufe. Eine Aufweichung der Sonderstellung der freien Berufe und ihrer Selbstverwaltung zugunsten von mehr Wachstum sei nicht der richtige Weg. Es bestünde die Gefahr, zugunsten einmaliger Beschäftigungseffekte bewährte Strukturen aufzugeben, ohne die Auswirkungen auf Patienten zu beachten, so die BZÄK und ihr Präsident Dr. Engel.

„Mit diesem Vorstoß sollen bewährte Systeme der beruflichen Selbstverwaltung, die im Interesse der Patienten und Verbraucher eine hohe Qualität beruflicher Leistungen garantieren, ohne Not zerstört werden“, heißt es aus der BZÄK. Dieser geht es in Wahrheit, ohne es auszu-



sprechen, vor allem um die Frage, dass über die Liberalisierung des Berufsrechtes auch die in Deutschland gesicherte Zwangsmitgliedschaft in den Zahnärztekammern für alle Zahnärzte aufgehoben und damit deren Existenz gefährdet würde. „Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise, die durch die völlige

Liberalisierung des Finanzsektors ausgelöst wurde, nun durch die Liberalisierung der regulierten Berufe kompensieren zu wollen“, so Engel.

Bei einem regulierten Beruf wird durch Rechts- und Verwaltungsvorschriften festgelegt, dass die Berufsausübung nur erfolgen darf, wenn der Nachweis über eine bestimmte Qualifikation erbracht wurde.

ANZEIGE

Auf der Suche nach (Rechts-)Sicherer Wasserhygiene?

BLUE SAFETY



Der schnelle Weg zum Termin: Fon 0800 - 25 83 72 33 oder www.bluesafety.com



Aus! Ein neues Spiel beginnt! Jürgen Pischel spricht Klartext

Die „Zahnärzterparade“ – die FDP – flog trotz einer Bettelkampagne um Zweit- (Koalitionsbeschenk-)Stimmen aus dem Bundestag. Dies auch, weil sie ihre traditionellen Wähler einfach nicht mehr überzeugen konnte, sie aus dem Gruppeninteresse heraus als politische Kraft im Zentrum der parlamentarischen Macht, im Bundestag und erst recht nicht in einer Regierung, hier mit der wichtigen Ressortvertretung Gesundheit, als notwendigen Player zu betrachten. Sie wurde mit ihrer Politik „wir fordern auf Berufsverbandstagungen alles, was dort gerne gehört wird, setzen aber davon nichts um, weil wir zum Minister-Postenerhalt alles mitmachen, was der große Koalitionspartner möchte“ einfach überdrüssig, noch direkter gesagt überflüssig. Bewertet man das, was die FDP mit ihrem Gesundheitsminister Bahr für die Zahnärzteschaft geleistet hat, Stichworte GOZ oder Blockade bei der Budgetierungsaushebung, oder der Schaffung von neuen Leistungsbereichen in der Zahngesundheitsversorgung, dann war der Rauswurf aus der Verantwortung nun die adäquate Antwort. Schwamm drüber.

Was kommt nun? Sicher nicht die so sehr im Wahlkampf als Gesundheitssozialismus-Gespensbekämpfer, „Bürgerversicherung“, denn sie ist der SPD in den Koalitionsverhandlungen kein so wichtiges Anliegen, dass an einer CDU/CSU-Verweigerung die Koalition scheitern würde. Dazu weiß man in der SPD allzu genau, dass mit dem „Gesundheitsfonds“ heutiger Prägung eine treffliche Grundlage geschaffen wurde, viele Elemente einer sozialistisch geprägten Gesundheitspolitik in die Realität der Gesundheitsversorgung überzuführen. Grundlegend unterscheiden sich „Bürgerversicherung“ und „Gesundheitsfonds“ nur in einem Punkt des dualen Angebotssystems von gesetzlichen und privaten Krankenversicherern. Wobei Letztere nicht nur zum Basistarifangebot verpflichtet sind, sondern sich den Leistungserbringern gegenüber nicht weniger restriktiv gebärden

als die Sozialkassen. Der Einheitsbeitrag, die Festlegung der prozentualen Höhe der Arbeitgeberanteile, die Mitversicherungsregelungen, die Zuwendungs- und Subventionspolitik des Gesundheitsministeriums und vor allem des Finanzministers öffnen für jede dirigistische Leistungs- und honorarsteuernde Maßnahme Tür und Tor.

Wer nun auch immer Gesundheitsminister wird, öfter genannt werden der rote Arzt Dr. Lauterbach von der SPD und der Gesundheitsfonds-Ideologe Spahn von der CDU – aber auch Damen aus CSU und SPD zeigen Avancen, für den steht eines fest: Er wird sich vor allem wappnen müssen, den Zugriff des Finanzministers auf die mehr als 20 Milliarden Rücklagen des Gesundheitsfonds zu allgemeiner Haushaltssanierung abzuwehren. Vor allem die über 2013 hinaus für 2014 und Folgejahre bereits zugesagten GKV-Subventionen bei Einführung des Gesundheitsfonds werden zur Haushaltssanierung gestrichen. Die immensen Rücklagen werden sicher nicht zur Erhöhung zahnärztlicher Honorare oder Budgetierungsausweitungen in der Zahnversorgung führen, sondern im Koalitionspoker um die Finanzierung von Wahlversprechen, aber ohne Steuererhöhung – hier will CDU/CSU standhaft bleiben – weitgehend zum Opfer fallen. Dann kämpfen die Kassen bald wieder an der Defizitfront mit allen bekannten Folgen für die Leistungserbringer.

Die Politik der Dirigismen im Gesundheitswesen, sozialistisch geprägt, wird, ob eine rote oder schwarze Ministerbesetzung kommt, wieder Vorrang gewinnen. Hier haben dann endlich die Körperschaftsdoyens auch wieder die Traute, die Zahnärzteschaft durch Interessensvertretung statt ehemals wohlwollender Abnickung schwarz-gelber Gemeinheiten vor allzu tiefen Eingriffen zu schützen zu suchen. Wie es deren Aufgabe eigentlich ist und wofür sie ihre nicht unbedeutenden Tantiemen erhalten. Hoffen wir gemeinsam das Beste,

toi, toi, toi, Ihr J. Pischel



Infos zum Autor

Fortbildungspunkte: Schnelle Korrektur erwartet

FVDZ Bayern begrüßt Einlenken der KZVB bei Vergabe von Fortbildungspunkten.

MÜNCHEN – Die Empfehlungen der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB) sahen u.a. eine Schlechterstellung bei Abrechnungs- und Praxismanagement-Seminaren vor, die der FVDZ-Landesverband Bayern als überflüssig und zahnarztfeindlich kritisiert hatte. Das Papier ist nach Angaben des 1. Vorsitzenden der KZVB, Dr. Janusz Rat, inzwischen vom Tisch.

In diversen Anschreiben an bayerische und bundesweite Fortbildungsanbieter hatte die KZVB u.a. eine restriktivere Handhabung der Punktevergabe im genannten Bereich durch Vergabe von maximal 2 Fortbildungspunkten vorgenommen, unabhängig von der Dauer der Kurse. Daraufhin forderte der FVDZ Bayern die KZVB auf, sich an die Leitsätze für Fortbildung von BZÄK, DGZMK und KZBV zu halten. Ausdrücklich benennen diese Leitsätze Praxismanagement und die Vermittlung von gesetzlichen Angelegenheiten, vertragsrechtlichen und berufsrechtlichen Regelungen als zahnärztliche Fortbildung.

Die bundesweit akzeptierten Leitsätze gelten überall und sind

ausreichend. Eine Regionalisierung, noch dazu eine Verschärfung der Punktevergabe, sieht der FVDZ Bayern als völlig unnötig an. „Ich bin froh, dass Dr. Janusz Rat schnell und unbürokratisch eingelenkt hat“, bedankt sich FVDZ-Landesvorsitzender Christian Berger. Der KZVB-Vorsitzende hatte das Papier in einer

öffentlichen Stellungnahme als Makulatur bezeichnet und verkündet, dass es vom Tisch sei. „Die Zahnärzte in Bayern und die betroffenen Fortbildungsinstitutionen erwarten nun auch eine schnelle Korrektur der betroffenen Auflistungen von Veranstaltungen“, so der FVDZ-Landesvorsitzende. [DU](#)



© Brian Jackson

EU-Kommission will freie Berufe demontieren

Bundeszahnärztekammer: Mobilität darf Qualität nicht aushöhlen

BERLIN – Die Europäische Kommission fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, bei sog. regulierten Berufen, z.B. freien Berufen und Handwerk, das Berufsrecht zu überprüfen und gegebenenfalls abzuschaffen. Erfasst werden ausdrücklich alle regulierten Berufe einschließlich der Gesundheitsberufe. Die Bundeszahnärztekammer kritisiert den Vorstoß der Kommission als Frontalangriff auf Freiberuflichkeit und Qualität der deutschen Ausbildungsberufe.

In den Prüfauftrag einbezogen werden insbesondere Berufsausübungsregeln und Regeln zum Berufszugang sowie die Mitgliedschaft in Berufskammern. Die Europäische Kommission möchte damit die Finanzkrise angehen und das Wirtschaftswachstum anregen.

„Die europäische Freizügigkeit darf nicht zu einer Aushöhlung der Qualität führen. Vor allem für Patienten muss das Qualifikationsniveau

der beruflichen Selbstverwaltung, die im Interesse der Patienten und Verbraucher eine hohe Qualität beruflicher Leistungen garantieren, ohne Not zerstört werden.“

„Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise, die durch die völlige Liberalisierung des Finanzsektors ausgelöst wurde, nun durch die Liberalisierung der regulierten Berufe kompensieren zu wollen“, so Engel abschließend.

Hintergrund

Bei einem regulierten Beruf wird durch Rechts- und Verwaltungsvorschriften festgelegt, dass die Berufsausübung nur erfolgen darf, wenn der Nachweis über eine bestimmte Qualifikation erbracht wurde. [DU](#)

Quelle: BZÄK



Dr. Peter Engel, Präsident der Bundeszahnärztekammer.

der Behandler sichergestellt sein“, erklärt der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Peter Engel. „Mit diesem Vorstoß sollen bewährte Sys-

tematiken“ „verschraubte Brückenkonstruktionen“, „Verbindungselemente wie Locatoren“, „das All-on-4-Konzept in der Praxis“, „implantatprothetisches Troubleshooting“.

Der Kongress richtete sich aber auch an das gesamte Praxisteam: So erwartete an beiden Tagen die implantologische Assistenz und zahn-

Quelle: ZWP online



Infos zur Fachgesellschaft

DENTAL TRIBUNE

IMPRESSUM

Verlag
OEMUS MEDIA AG
Holbeinstraße 29, 04229 Leipzig
Tel.: 0341 48474-0
Fax: 0341 48474-290
kontakt@oemus-media.de
www.oemus.com

Verleger
Torsten R. Oemus

Verlagsleitung
Ingolf Döbbecke
Dipl.-Päd. Jürgen Isbaner
Dipl.-Betriebsw. Lutz V. Hiller

Chefredaktion
Dipl.-Päd. Jürgen Isbaner (ji), V.i.S.d.P.
isbaner@oemus-media.de

Redaktionsleitung
Jeannette Enders (je), M.A.
j.enders@oemus-media.de

Korrespondent Gesundheitspolitik
Jürgen Pischel (jp)
info@dp-uni.ac.at

**Anzeigenverkauf
Verkaufsleitung**
Dipl.-Betriebsw. Lutz V. Hiller
hiller@oemus-media.de

Verkauf
Nadine Naumann
n.naumann@oemus-media.de

Produktionsleitung
Gernot Meyer
meyer@oemus-media.de

Anzeigendisposition
Marius Mezger
m.mezger@oemus-media.de

Bob Schliebe
b.schliebe@oemus-media.de

Lysann Reichardt
l.reichardt@oemus-media.de

Layout/Satz
Franziska Dachsel

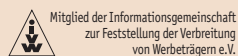
Lektorat
Hans Motschmann
h.motschmann@oemus-media.de

Erscheinungsweise

Dental Tribune German Edition erscheint 2013 mit 12 Ausgaben, es gilt die Preisliste Nr. 4 vom 1.1.2013. Es gelten die AGB.

Druckerei

Vogel Druck und Medienservice GmbH, Leibnizstraße 5, 97204 Höchberg



Verlags- und Urheberrecht

Dental Tribune German Edition ist ein eigenständiges redaktionelles Publikationsorgan der OEMUS MEDIA AG. Die Zeitschrift und die enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt besonders für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages. Bei Einsendungen an die Redaktion wird das Einverständnis zur vollen oder auszugsweisen Veröffentlichung vorausgesetzt, sofern nichts anderes vermerkt ist. Mit Einsendung des Manuskriptes geht das Recht zur Veröffentlichung als auch die Rechte zur Übersetzung, zur Vergabe von Nachdruckrechten in deutscher oder fremder Sprache, zur elektronischen Speicherung in Datenbanken zur Herstellung von Sonderdrucken und Fotokopien an den Verlag über. Für unverlangt eingesandte Bücher und Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mit anderen als den redaktionseigenen Signa oder mit Verfassernamen gekennzeichnete Beiträge geben die Auffassung der Verfasser wieder, welche der Meinung der Redaktion nicht zu entsprechen braucht. Der Autor des Beitrages trägt die Verantwortung. Gekennzeichnete Sonderteile und Anzeigen befinden sich außerhalb der Verantwortung der Redaktion. Für Verbands-, Unternehmens- und Marktinformationen kann keine Gewähr übernommen werden. Eine Haftung für Folgen aus unrichtigen oder fehlerhaften Darstellungen wird in jedem Falle ausgeschlossen. Gerichtsstand ist Leipzig.

← Fortsetzung von S. 1 oben „DGZI“

Implantologie in Europa und bildete den Wegweiser für den Internationalen Kongress am 4. und 5. Oktober.

Parallel zum „Internationalen Podium“ diskutierten Referenten aus Zahnmedizin und Zahntechnik prothetisch orientierte Sichtweisen u.a. zu den Themen „Vollkeramik auf Im-

plantaten“, „verschraubte Brückenkonstruktionen“, „Verbindungselemente wie Locatoren“, „das All-on-4-Konzept in der Praxis“, „implantatprothetisches Troubleshooting“.

Der Kongress richtete sich aber auch an das gesamte Praxisteam: So erwartete an beiden Tagen die implantologische Assistenz und zahn-